

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 30./31.10.2003

4. Fortbestand der Rentenversicherungsfreiheit nach § 230 Abs. 4 SGB VI

- 101.24 -

Durch Artikel 1 Nr. 2 in Verb. mit Artikel 12 Abs. 5 des Gesetzes zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz - WFG) vom 25.09.1996 (BGBl I S. 1461) ist die Vorschrift des § 5 Abs. 3 SGB VI über die Rentenversicherungsfreiheit von Werkstudenten mit Wirkung vom 01.10.1996 aufgehoben worden. Allerdings bleiben nach § 230 Abs. 4 Satz 1 SGB VI Personen, die am 01.10.1996 in einer Beschäftigung als ordentliche Studierende einer Fachschule oder Hochschule rentenversicherungsfrei waren, in dieser Beschäftigung weiterhin rentenversicherungsfrei.

Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung haben bisher die Auffassung vertreten, dass die Besitzstandsregelung des § 230 Abs. 4 Satz 1 SGB VI nicht für Studenten gilt, die vor dem 01.10.1996 eine geringfügige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV aufgenommen haben, da diese Studenten über den 30.09.1996 hinaus nach § 5 Abs. 2 SGB VI rentenversicherungsfrei bleiben würden. Wird eine solche geringfügige Beschäftigung - bei ununterbrochenem Fortbestand - in eine mehr als geringfügige Beschäftigung umgewandelt, besteht vom Zeitpunkt der Umwandlung an Rentenversicherungspflicht (vgl. Abschnitt B 1.3.3 des gemeinsamen Rundschreibens der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung vom 06.10.1999 zur versicherungsrechtlichen Beurteilung von beschäftigten Studenten, Praktikanten und ähnlichen Personen).

Das Bundessozialgericht hat sich dieser Auffassung nicht angeschlossen; es vertritt vielmehr in seinem Urteil vom 22.05.2003 - B 12 KR 24/02 R - (USK 2003-10) den Standpunkt, dass der Tatbestand der Versicherungsfreiheit aufgrund der Geringfügigkeit einer Beschäftigung nach § 5 Abs. 2 SGB VI nicht den Tatbestand der Versicherungsfreiheit als Werkstudent nach § 5 Abs. 3 SGB VI in der bis zum 30.09.1996 geltenden Fassung verdrängt hat. Nach Ansicht des Bundessozialgerichts greift die Besitzstandsregelung des § 230 Abs. 4 Satz 1

SGB VI deshalb auch bei solchen Studenten, die am 30.09.1996 eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausgeübt und nach diesem Stichtag ihre Beschäftigung in eine mehr als geringfügig entlohnte Beschäftigung bis zu 20 Wochenstunden umgewandelt haben.

Die Besprechungsteilnehmer schließen sich der vom Bundessozialgericht vertretenen Auffassung an. Dies bedeutet, dass Studenten, die vor dem 01.10.1996 eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausgeübt und diese Beschäftigung danach in eine mehr als geringfügig entlohnte Beschäftigung bis zu 20 Wochenstunden umgewandelt haben, vom Zeitpunkt der Umwandlung an - entgegen dem damals eingenommenen Standpunkt - nicht rentenversicherungspflichtig geworden, sondern aufgrund der Besitzstandsregelung des § 230 Abs. 4 Satz 1 SGB VI weiterhin rentenversicherungsfrei geblieben sind.